



Verabschiedungsfeier am 30. Jänner 2017 im BMI: Sektionschef Franz Einzinger (mit Pensionierungsdekret) mit sechs „seiner“ Innenminister: Ernst Strasser, Franz Löschnak, Wolfgang Sobotka, Caspar Einem, Maria Fekter und Karl Schlögl.

„Das BMI ist zukunftsfit“

Sektionschef Dr. Franz Einzinger, Leiter der Sektion I (Präsidium) trat mit 1. Februar 2017 in den Ruhestand. In seine Zeit als Präsidialchef fiel eine Reihe wichtiger und großer Reformen.

Sie haben in Ihrer Funktion öfters mit Privatunternehmen zu tun gehabt. Wenn man das Innenministerium als Dienstleistungsunternehmen sieht – wie fällt da der Vergleich aus?

Diesen Vergleich brauchen wir nicht zu scheuen. Wir sind in vielen Bereichen sogar besser als manche Unternehmen in der Privatwirtschaft, vor allem weil wir krisenerprobt sind und oft auf sich verändernde Entwicklungen sehr rasch reagieren müssen – und das auch gewohnt sind zu tun. Das hat sich zum Beispiel in der Flüchtlingskrise 2015 gezeigt, wo wir die Einzigen waren, die schnell reagiert haben. Wir haben in den letzten Jahren zunehmend Methoden aus der Privatwirtschaft übernommen, zum Beispiel was das Führen anlangt: Führen mit Zielen, unsere Strategie *INNEN.SICHER*, wo wir klar eine Unternehmensstrategie festgelegt haben. Auch das neue Haushaltsrecht orientiert

sich an privatwirtschaftlichen Grundsätzen. Aber es gibt immer noch Bereiche, wo wir uns von der Privatwirtschaft unterscheiden müssen, weil wir oft auch politische Überlegungen und Vorgaben berücksichtigen müssen.

Sie haben eine Reihe von Reformen erlebt, vor allem in den letzten Jahren. Welche Reformen waren aus Ihrer Sicht die wichtigsten?

In den letzten vierzehn, fünfzehn Jahren sind die entscheidenden Reformen über die Bühne gegangen, die das Ressort zukunftsfit gemacht haben. Hätten wir das versäumt, sähen wir heute schlecht aus – bei den Herausforderungen, die sich uns heute stellen, wie Kriminalität oder Terror. Aber wir haben die Wachkörper zusammengelegt, wir haben die Behördenreform durchgeführt, einen jährlichen Strategieprozess eingeleitet, aber natürlich gehören dazu

noch viele andere Dinge. Es hat vor den 2000er-Jahren keine Sicherheitsakademie in der heutigen Form gegeben, kein Bundeskriminalamt, kein Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung und kein Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung bis hin zum 2014 gegründeten Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, wo über 190 Behörden zu einer Behörde zusammengeführt worden sind. Wenn ich sage „Die anderen reden von Reformen, wir setzen Reformen um“, dann hat das seine Berechtigung. Das Bundeskanzleramt hat immer wieder von den Ressorts Verwaltungsreformen eingefordert. Die großen Brocken sind immer wieder vom Innenministerium gekommen. Natürlich muss man Strukturen immer wieder anpassen. Aber von der Struktur her sind wir heute wirklich zukunftsfit und gut aufgestellt.



Franz Einzinger: „Wir zählen in der Polizeiausbildung in Europa auf jeden Fall zu den Besten.“

Hatten Sie ein besonders einschneidendes Erlebnis in Ihrer Dienstzeit?

Das einschneidendste Erlebnis war sicher der plötzliche Tod von Ministerin Liese Prokop zu Silvester vor zehn Jahren. Gerade jene Ministerin, die aufgrund ihres Führungsstils und Auftretens voll anerkannt und beliebt war.

Wie haben Sie diesen Abend erlebt?

Der damalige Kabinettschef Philipp Ita hat mich gegen 22 Uhr angerufen und mir gesagt, unsere Bundesministerin sei verstorben. Ich habe zuerst gedacht, das kann nicht sein. Aber dann hat Philipp Ita etwas von der Begräbnisplanung gesagt und gesagt, wir müssten koordinieren zwischen dem BMI, dem Land Niederösterreich und dem Kanzleramt. Da habe ich langsam begriffen: Es ist wahr. Die Silvesterfeier war damit natürlich zu Ende. Ich habe die Ministerin noch kurz vor Weihnachten, kurz bevor ich in den Urlaub gegangen bin, am Kohlmarkt getroffen und mit ihr geplaudert. Ihr Tod, das war sicher das Negativste, das ich in meiner Laufbahn erlebt habe; wo sie doch noch so fit und voll im Leben war. Es war ein schwerer Verlust fürs Haus und für uns alle.

Was war das positivste Erlebnis in Ihrer Dienstzeit?

Als im Jahr 2000 die sogenannte „Wende“ gekommen ist, war ich Personalchef. Einige haben gesagt, als Personalchef wird man in einer komplett neuen politischen Konstellation nicht lange überleben. Damals habe ich aber gesehen: Wenn man seine Arbeit macht und – wie es die Pflicht eines Beamten ist – unpolitisch agiert, dann kann man auch in neuen Zeiten überleben. Ganz im Gegenteil: Mit meiner Karriere ist es sogar noch ziemlich bergauf gegangen. Ich bin im Oktober 2000 Gruppenleiter geworden und mit 1. Jänner 2003 Sektionschef. Das hat mir gezeigt, dass der Rechtsstaat Österreich und das Beamtentum funktionieren.

Wie hat sich der Personalbereich aus Ihrer Sicht entwickelt? Sie sind ja seit 1982 damit beschäftigt?

Bei der Exekutive hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass wir personell heute ganz gut aufgestellt sind – ausgelöst durch Ereignisse in den Bereichen Terror, Kriminalität und Migration. Man kann natürlich nie genug Polizistinnen und Polizisten haben, aber im

Großen und Ganzen passt das, wie es sich entwickelt hat. Probleme gibt es dagegen im Verwaltungsbereich. Hier wird seit Jahren gespart. Die Altersstruktur ist deshalb denkbar schlecht. Das hat man im Kanzleramt schon vor Jahren erkannt. Nur hat man nicht gesteuert, sondern man hat noch mehr Planstellen eingespart. Das fällt uns heute auf den Kopf. Jetzt haben wir das Problem, dass wir in vielen Bereichen Spezialisten benötigen würden: Wir reden von Cybercrime und Cybersecurity, von der Bekämpfung der Computerkriminalität allgemein. Und nebenbei vergisst man: Auch die Exekutive braucht im Hintergrund Leute, die zum Beispiel die EDV am Leben halten. Wenn wir wollen, dass eines Tages jede Polizistin und jeder Polizist vor Ort elektronisch Daten eingibt, zum Beispiel in ein Tablet, dann muss im Hintergrund die Betreuung passen. Das heißt, wir bräuchten dringend Spezialisten. Bedenken Sie, dass sich das Budget in meiner Zeit als Sektionsleiter, also von 2003 bis jetzt, verdoppelt hat – von 1,7 auf 3,4 Milliarden Euro. Das muss ja auch betreut werden. Alles lässt sich nicht maschinell erledigen.

Worin liegen die Schwierigkeiten bei der Einstellung neuer Verwaltungsbediensteter?

Das liegt an den Vorgaben. Wenn ich heute zum Beispiel eine Psychologen- oder IT-Planstelle besetzen möchte und jemanden wüsste, der die Voraussetzungen erfüllt und eine Spitzenkraft wäre, muss ich die Stelle trotzdem erst ressortintern ausschreiben, dann bundesweit in allen Ressorts und dann noch über die Jobbörse und das AMS. Das ist eine Ochsentour, denn zwischendurch muss ich immer wieder das Kanzleramt fragen, ob ich den nächsten Schritt machen darf. Die Ausschreibungen im AMS haben zum Beispiel zur Folge, dass Hunderte Bewerbungen reinkommen, die alle bewertet werden müssen. Das ist eine Riesenbelastung für das Personalreferat. Oft schreiben die Bewerber selbst in ihre Bewerbung, dass sie die Voraussetzungen nicht erbringen. Überprüft werden müssen sie trotzdem. Wenn ich beispielsweise jemanden im Talon hätte, müsste er oder sie abwarten, bis diese Prozedur zu Ende ist. Ist dieser Anwärter aber tatsächlich eine Spitzenkraft, ist er oder sie längst über alle Berge, bis ich soweit wäre, sie oder ihn anzustellen. Das ist etwas, das uns sehr stark von der Privatwirtschaft unterscheidet. Wenn ich in der Privatwirtschaft heute einen IT-Experten bei der Hand habe und ihn aufnehmen will, dann fängt er am nächsten Montag an. Bei uns dauert das ein Dreivierteljahr.

Wie könnte man das lösen?

Ich glaube, wir bräuchten ein einheitliches Dienstrecht für das Innenressort, mit dem die Unterscheidung zwi-

schen Exekutive und Verwaltung aufgehoben oder zumindest relativiert würde und statt eines E- und eines A-Schemas für Exekutive bzw. Allgemeine Verwaltung ein S-Schema für „Besoldungsgruppe Sicherheit“ geschaffen würde. Wir haben heute schon praktisch idente Arbeitsplätze einmal mit Exekutiv- und einmal mit Verwaltungsbediensteten besetzt, wie zum Beispiel im Bundeskriminalamt.

Sie waren 39 Jahre im Innenressort tätig. Als Sie 1978 eingestiegen sind, haben Sie mit einer Schreibmaschine gearbeitet. Wie haben Sie die Entwicklung bis heute erlebt?

Als ich 1978 im Bezirkspolizeikommissariat Meidling als Polizeijurist angefangen habe, hat es mechanische Schreibmaschinen gegeben. Später waren elektrische Bildschirmschreibmaschinen eine Errungenschaft, danach sind erste Computer gefolgt, mit riesigen Nadeldruckern, die einen Höllenlärm gemacht haben. Heute habe ich meinen Computer in der Sakkotasche. 1978 hat es noch die klobigen schwarzen Wählscheiben-Telefone gegeben, mit einem Hörer, der das Dreifache von dem gewogen hat, was heute ein Smartphone wiegt. Damals hat man aus Wien gar nicht raustelefonieren dürfen, man hat das „Null-Sperre“ genannt, weil die Null für Leitungen außerhalb von Wien gesperrt war. Wenn ich als Polizeijurist mit einer Bezirkshauptmannschaft telefonieren wollte, habe ich beim Stadthauptmann um Erlaubnis fragen, mich bei einem Telefonvermittler anmelden und verbinden lassen müssen.

Ihr Leitspruch ist „Das Team ist der Star“. Als Sie bei der Polizei bzw. im BMI angefangen haben, war das anders.

Das war extrem anders. Als ich eingetreten bin, hat das Motto geheißen: Der Chef hat immer recht. Das war ein rein autoritärer Führungsstil. Befehle sind im Büro des Chefs ausgegeben worden, hinter einer Doppeltür mit Polsterung. Draußen an der Wand hat ein rotes Licht geleuchtet, mit der Aufschrift „NICHT EINTRETEN“. Ideen seitens der Mitarbeiter waren nicht gefragt, Rückfragen nicht beliebt. Informationen hat es keine gegeben – sondern man hat als Beamter in seinem eigenen Tunnel etwas ausgearbeitet, von dem man geglaubt hat, das will der Chef. Das hat sich sehr geändert. Heute steht ein kooperativer, situativer Führungsstil im Vordergrund. Es wird in Projekten gearbeitet, die Leute sind selbstbewusster. Ich habe schon als Stellvertreter in der Personalabteilung begonnen, die Mitarbeiter einzubeziehen und habe von meinem damaligen Chef den Vorwurf bekommen, ich würde mich mit den Mitarbeitern „verhaben“. Er war der Ansicht, man muss Distanz halten und er hat nicht verstanden, warum es notwendig ist, mit den Mitarbeitern zu reden und ihnen zuzuhören. Heute ist das Geschichte. Aber damals waren Umgangsweisen wie heute unvorstellbar.

Wie hat sich die Ausbildung aus Ihrer Sicht entwickelt?

Auch die Ausbildung hat sich gewaltig verändert. Denken Sie nur an die Akademisierung der Ausbildung im Exekutivbereich. Dem bin ich anfangs

ZUR PERSON



Franz Einzinger wurde am 26. April 1952 in Engelmansbrunn (NÖ) geboren. In seiner Schulzeit antwortete er auf die Frage nach seinem Berufswunsch stets mit: „Mechaniker“. In der zweiten Klasse Hauptschule wechselte er auf Anraten seines Klassenvorstands ins Gymnasium. Einzinger maturierte 1971 und sollte auf Wunsch seiner Eltern Fahrdienstleiter bei den ÖBB werden. Er wollte aber Jus studieren. Seine Eltern ermöglichten ihm das. Nach dem Präsenzdienst inskribierte er an der Universität Wien und promovierte im

Jänner 1978 zum Doktor der Rechte. Bis Ende Juni 1978 absolvierte er die Gerichtspraxis und danach begann er seine Karriere im Innenressort am Bezirkspolizeikommissariat Meidling der Bundespolizeidirektion Wien. Später wechselte er nach Mariahilf und nach Favoriten – sowohl verwaltungs- als auch sicherheitspolizeilich ein „Bergwerk“. Mit 1. März 1982 wechselte Dr. Franz Einzinger in das Innenministerium. Er wurde als Referent der Personalabteilung (I/1) dienstzugeteilt. Mit 9. Juli 1990 wurde er Leiter dieser Abteilung. Mit 1. April 1996 stieg Einzinger zum stellvertretenden Leiter der Präsi-

dialsektion auf. Ab 1. Dezember 2000 leitete er die Gruppe I/A (Personal, Organisation und Ausbildung). Zum Leiter der Sektion I (Präsidium) wurde er mit 1. Jänner 2003 bestellt. In dieser Position ging er am 31. Jänner 2017 in Pension.

In seiner Dienstzeit „verbrauchte“ Einzinger elf Innenminister. Fünf ehemalige und der aktuelle Bundesminister kamen zu seiner Verabschiedung am 30. Jänner 2017: Dr. Franz Löschnak, Dr. Caspar Einem, Mag. Karl Schlögl, Dr. Ernst Strasser und Dr. Maria Fekter sowie Bundesminister Mag. Wolfgang Sobotka.

FOTO: ALEXANDER TUMA



Franz Einzinger: „Natürlich muss man Strukturen immer wieder anpassen. Aber von der Struktur her sind wir heute wirklich zukunftsfit und gut aufgestellt.“

durchaus kritisch gegenüberstanden. Aber im Nachhinein betrachtet, hat sich das bewährt. Die Offiziersausbildung ist heute sehr gut. Wir haben vor Kurzem die Kooperation mit der Fachhochschule Wiener Neustadt verlängert, was den Master-Studiengang „Strategisches Sicherheitsmanagement“ betrifft und den Lehrgang „Wirtschaftskriminalität und Cybercrime“.

Wichtig ist aber vor allem auch der FH-Lehrgang „Polizeiliches Lehren“. Das hat einen Quantensprung in der Qualität der Ausbildung unserer nachkommenden Polizeigenerationen gebracht. Wie wir überhaupt sehr viel weitergebracht haben in der Qualität der Ausbildung in den vergangenen Jahren. Denken Sie nur an die letzte Schärfung der Grundausbildung, die praxisnahe Ausbildung von Kompetenzen. Es hat sich wegbewegt vom Gesetzepauken; was zwar notwendig ist, aber bei den Einsatz-, Handlungs- und Kompetenztrainings haben wir sehr viel weitergebracht in den vergangenen Jahren. Wir zählen in Europa in diesem Bereich auf jeden Fall zu den Besten.

Gibt es derzeit eher ein Quantitätsproblem in der Ausbildung?

Das ist derzeit nicht einfach zu bewältigen. Wir haben seit einiger Zeit österreichweit durchgehend fast 2.000 Leute in der Polizeigrundausbildung, müssen aber die Qualität der Ausbildung beibehalten. Das ist eine Gratwanderung. Ich habe Mitte Jänner den Mietvertrag für das neue Bildungszentrum St. Pölten unterschrieben. Also, die Ausbildung wird uns in der nächsten Zeit noch einige Denkaufgaben geben. Sie dürfen nicht vergessen, dass auch die Exekutive in den nächsten Jahren mit Abgängen rechnen muss, die aufgefüllt gehören. Dazu kommen die neu geschaffenen und vielleicht noch hinzukommenden Planstellen.

Was geschieht noch, um die Qualität beizubehalten?

Die Auswahlkriterien für die Polizei sind ein wesentlicher Punkt. Dass wir hier richtig liegen, zeigt die Quote, wonach nur jeder Siebente die Aufnahmeprüfung schafft, und zeigen auch die niedrigen Ausfallszahlen während der

Ausbildung. Wir sind aber auch in der Verwaltungsausbildung sehr gut unterwegs. Hier hat es erst im Herbst eine größere Umstellung der A1- und A2-Grundausbildungslehrgänge gegeben. Gerade hier muss man sich sehr genau anschauen, wie wir in Zukunft mit Bestrebungen auf übergeordneter Ebene umgehen, mit denen eine Vereinheitlichung der Verwaltungsausbildung für alle Ressorts angestrebt wird. Da muss man aufpassen, dass unsere hochqualitative Ausbildung nicht darunter leidet. Ein Rückschritt zu einer Grundausbildung, wie ich sie genossen habe, darf nicht stattfinden. Das war eine Ausbildung, die nicht ressortspezifisch war und bei der wir mit Materien konfrontiert worden sind, die wir sofort wieder vergessen konnten. Hier ist im Innenministerium sehr viel geschehen und das sollten wir bewahren. Man könnte auch kleinere Ressorts in der Ausbildung den größeren anschließen, wie dem BMI. Dazu bräuchte es keine neue Verwaltungsakademie, wo die ressortspezifischen Ausbildungsinhalte wieder leiden würden.

Wissenschaft und Forschung haben sich in den letzten Jahren im BMI etabliert. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Das ist eine wichtige Entwicklung. Die Probleme werden immer komplexer, das verlangt eine enge Zusammenarbeit mit der Wissenschaft. Wir haben einerseits unser Zentrum für Wissenschaft und Forschung in der SIAK, aber wir kooperieren auch mit Universitäten und Fachhochschulen und Einrichtungen wie dem AIT, dem *Austrian Institute for Technology*. Dazu kommen KIRAS-Projekte in der Sicherheitsforschung. Ohne solche Bestrebungen kommt man heute nicht mehr durch, weil die Anforderungen immer höher werden. Das verschränkt sich wieder mit meiner Forderung nach akademisch ausgebildetem Personal im Verwaltungsbereich, etwa nach Informatikern oder auch Mathematikern. Zu Beginn der Technisierung im BMI waren hier primär Exekutivbeamte am Werk – EDV-Freaks, die sich eigeninitiativ Wissen angeeignet haben. Sie haben das gut entwickelt. Heute allerdings ist die Materie so komplex und vernetzt, dass man top ausgebildete Leute dafür braucht. Damit meine ich nicht nur Akademiker, sondern auch immer noch Leute, die aus der Exekutive kommen – was wir brauchen, ist einfach eine gute Mischung.

Welche Botschaft würden Sie einem jungen Menschen mitgeben, der heute in die Polizei eintritt?

Ich meine, man kann mit Fug und Recht sagen, wer die Aufnahme geschafft hat, dieses schwierige Procedere durchgemacht und überstanden hat, hat gute Voraussetzungen. Bei uns hat man einen Job, in dem man Karriereaussichten hat wie sonst wahrscheinlich nirgends, weil unser Ressort so vielfältige Möglichkeiten bietet. Zusätzlich hat jede und jeder heute tatsächlich die Chance, vom Inspektor bis zum Landespolizeidirektor aufzusteigen, wenn sie oder er entsprechend ehrgeizig ist und Leistung erbringt.

Wie hat sich das Budget in den letzten Jahren aus Ihrer Sicht entwickelt?

Wie gesagt, es hat sich in den letzten 15 Jahren verdoppelt. Das heißt aber nicht, dass wir es doppelt so leicht haben wie vor 15 Jahren. Aber im Großen und Ganzen können wir mit der Budget-



Überreichung des Pensionsdekrets: Innenminister Wolfgang Sobotka, Sektionschef Franz Einzinger.

entwicklung zufrieden sein. Die Ziele der Haushaltsrechtsreform haben wir allerdings nicht in der Form erreicht, dass sie zum durchschlagenden Erfolg geführt hätte. Ziel wäre nämlich auch gewesen, dass einzelne Behörden eigenständig wirtschaften, Rücklagen bilden und selbstständig agieren können. Immer wieder aber hat das Finanzministerium Rücklagen eingefordert. Das hat vor allem bei den Landespolizeidirektoren dazu geführt, dass sie zurecht gesagt haben: Wozu sollen wir sparen, wenn wir dann die Rücklagen nicht selbst verwenden dürfen. Dazu kommt, dass das neue Haushaltsrecht von einer mehrjährigen Finanzplanung ausgeht, nämlich von vier Jahren. Das ist bei uns nicht umsetzbar, weil wir sehr fremdbestimmt sind. Wir haben von Anfang an gesagt, wir bräuchten einen variablen Rahmen, vor allem für den Flüchtlingsbereich. Es gibt bei uns vieles, was nicht vorhersehbar ist, vor allem nicht, wie viele Flüchtlinge zu uns kommen, wie sich Phänomene wie Kriminalität oder Terrorismus entwickeln. Das neue Haushaltsrecht geht aber davon aus, dass wir einen verbindlichen Finanzrahmen für vier Jahre festlegen und uns daran halten. Bei uns ist aber eine Budgetplanung für ein Jahr im Voraus schon schwierig zu erstellen. Wir bräuchten eine variable Untergliederung. Früher hat es eine Ermächtigung gegeben, dass die Bundesregierung für Katastrophen oder andere unvorhersehbare Ereignisse die Ausgabenobergrenzen erhöhen kann. Das gibt es heute nicht mehr. Im Unterrichtsministerium beispielsweise ist es einfach vorherzusehen, wie viele Schüler es geben wird und danach richtet man die Lehrerzahlen. Bei uns sind die Ereignisse nicht immer vorhersehbar.

In welche Richtung wird sich das BMI in nächster Zeit entwickeln?

Ich denke, die Flüchtlingsfrage wird uns auch in den nächsten Jahren noch massiv beschäftigen. Auch was die Kriminalität betrifft, gibt es keinen Grund, der einen Rückgang erwarten ließe. Auch der Terrorismus wird uns in den kommenden Jahren massiv beschäftigen. Dazu braucht man sich nur die weltpolitische Lage anzusehen. Vor allem in diesem Bereich werden die Aufgaben für das Innenressort immer wichtiger und immer mehr. Erschweren würde es unsere Arbeit auch, wenn die politische Lage im Land labiler würde.

Was werden Sie am BMI am meisten vermissen?

Die Leute, mein Team. Ich war immer bedacht darauf, dass wir in der Sektion ein gutes Klima haben, und das ist uns auch gelungen. Mein Team, diese angenehme Zusammenarbeit, meine Kolleginnen und Kollegen werde ich am meisten vermissen. Natürlich wird mir auch die Arbeit abgehen. Aber primär werden es die Leute im BMI sein.

Was wird Ihre Hauptbeschäftigung in der Pension sein?

Nachdem ich ein leidenschaftlicher Handwerker bin, ein Haus und einen Garten habe, werde ich hauptsächlich dort beschäftigt sein. Ich werde meine *Makita*, die ich von den Kolleginnen und Kollegen zum Sechziger bekommen habe, sehr viel mehr beim Handwerken einsetzen. Ich werde auch sehr viel Sport betreiben, Rad fahren, meinen Fitness-Raum verstärkt nutzen.

Wenn Sie in Ihrer letzten Dienstwoche Innenminister gewesen wären – was hätten Sie umzusetzen versucht?

Aus der Personalsicht würde ich mit dem Kanzler reden, um das Problem des Personalbedarfs in der Verwaltung in den Griff zu bekommen. Ich würde versuchen durchzubringen, dass die Aufgaben erleichtert werden. Denn man kann nicht auf der einen Seite immer von Entbürokratisierung, Modernisierung und Deregulierung reden und auf der anderen Seite eine Bürokratie im Personalbereich aufbauen, die es praktisch unmöglich macht, neue Leute, die man dringend braucht, innerhalb angemessener Zeit aufzunehmen.

Interview: Gerhard Brenner

FOTO: GERD PACHAUER